

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telefax: 8 68 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64



Inhalt

Willi Görlach MdEP zur Notwendigkeit einer Reform der EG-Agrarpolitik: Ruin der DDR-Landwirtschaft abwenden.

Seite 1

Harald B. Schäfer MdB zu den Ergebnissen des jüngst in Dresden veranstalteten Elbe-Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung: Elbsanierung sofort beginnen.

Seite 2

Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB zur bevorstehenden Jahrestagung von IWF und Weltbank: Internationale Verschuldung muß auf der Tagesordnung bleiben.

Seite 4

Dokumentation:

Der Vizepräsident des Landtages von Baden-Württemberg, Dr. Alfred Geisel, nahm am 20.9. gegen die Schändung der jüdischen Friedhöfe in dem südwestdeutschen Bundesland Stellung. Seine Ausführungen im Wortlaut.

Seite 5

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

45. Jahrgang / 182

21. September 1990

Ruin der DDR-Landwirtschaft abwenden Zur Notwendigkeit einer Reform der EG-Agrarpolitik

Von Willi Görlach MdEP
Ehemaliger Landwirtschaftsminister in Hessen

Bis zu 400.000 Beschäftigte in der DDR-Landwirtschaft verlieren ihren Arbeitsplatz. Das ist annähernd jeder zweite in der Landwirtschaft. Durch den Zusammenbruch der sicheren Absatzmärkte, die sinkenden Erlöse und die Liquiditätsschwierigkeiten steht die DDR-Landwirtschaft kurz vor dem Ruin.

Die Währungsunion sollte der Landwirtschaft einen Anpassungsschock versetzen und zu erstem marktwirtschaftlichem Verhalten hinführen. Das Ergebnis ist eine gelähmte DDR-Landwirtschaft, die mit Panikverkäufen versucht, sich wenigstens über die nächsten Tage zu retten.

Die Bundesregierung sieht im Agrarbereich der DDR lediglich das Marktproblem. Und dies soll radikal gelöst werden. Andere Probleme, die mit der Integration in eine Marktwirtschaft oder in den Gemeinsamen Markt einhergehen werden ausgeklammert oder nur zum Schein behandelt. Für die Betroffenen bedeutet das Orientierungs- und Perspektivlosigkeit.

Wie es weiter gehen soll, weiß keiner. Kleine Familienbetriebe oder alte Junkerwirtschaft, selbständige Genossenschaften oder abhängige Vertragslandwirte im Dienste eines Lebensmittelkonzerns - alles mögliche Wege für eine Landwirtschaft im Osten Deutschlands. Aber nicht nur die Bauern im Osten auch ihre Kollegen im Westen sind verunsichert. Sie fragen sich: erdrückt mich in Zukunft die Konkurrenz einer hocheffizient organisierten LPG? und: wie lange verkaufen die LPG's ihre Waren noch zu diesem ruinösen Preis?

Wobei gerade die Leute an der Not der DDR-Landwirtschaft einen guten Schnitt machen, die schon vorher durch Geschäfte mit den Import- und Exportgesellschaften der DDR am Ausverkauf der DDR verdienten.

Wer nur auf die radikale Marktregulierung setzt und ein Konzept für die Umgestaltung des ganzen Agrarbereiches für unnötig hält, der verschärft zugleich die ökologischen Probleme in der DDR. Denn um ihre Liquiditätsprobleme zu beheben, haben die LPG'en nur eine Lösung, und die heißt Quantität. Dies bedeutet aber für die weitere Zukunft hoher Einsatz von Chemie, Grundwasserverschmutzung und ungesunde Lebensmittel. Also genau die Fortsetzung der Art von Landbewirt



schaftung, die für viele ökologische Schäden in der DDR verantwortlich ist. Würde eine Umstellung auf eine ökologisch verträgliche Landbewirtschaftung politisch auch tatsächlich gewollt, so müßte sich dies auch in Maßnahmen äußern, die der DDR-Landwirtschaft zwangsläufig eine Zeit der Anpassung und des Übergangs gewährten.

Aber das genaue Gegenteil wird sich ereignen. Der Druck auf die DDR-Landwirtschaft verstärkt sich noch mit der EG-Integration. Die Einführung von Produktionsquoten und Erfüllung von Hygienestandards stellt die DDR-Landwirtschaft vor weitere Probleme. Sie muß in wenigen Monaten das leisten, wozu neue Mitgliedstaaten in der Regel mehrere Jahre Zeit der Anpassung und Umstellung haben.

Die Notverkäufe der DDR-Landwirtschaft in der BRD haben im September einen starken Druck auf die Erzeugerpreise ausgeübt. So bekommt ein Schweinemäster in diesen Tagen nur noch 2,80 DM je Kilo, einige Wochen zuvor waren es noch mehr als 3,50 DM. Die Einführung der Milchquoten in der DDR führt zwangsläufig zu Notschlachtungen von 60.000 bis 80.000 Kühen, die den Preis noch weiter unter Druck setzen.

Dieses Szenario zeigt, wie bedingt wirksam das Markordnungssystem der EG als Instrument zum Schutz der Märkte und der Einkommen der Landwirte ist. Der Preisverfall setzt sich fort - führt zum Ruin auch eines Teils der EG-Landwirte.

Dies hebt einmal mehr die Frage hervor, wie hilfreich die Marktordnungsmechanismen für die Bauern überhaupt sind. Die Integration der DDR-Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt weist somit auch auf die notwendige Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik hin. Wobei die ökologische Umgestaltung des Agrarsektors vorrangig ist.

(-/21. September 1990/rs/tr)

Elbsanierung sofort beginnen

Zu den Ergebnissen des jüngst in Dresden veranstalteten Elbe-Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von Harald B. Schäfer MdB

**Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und
Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie**

Die Elbe ist einer der schmutzigsten Flüsse Europas. Die Bestandsaufnahme der Verschmutzung ist erschreckend.

Beim Grenzübertritt von der CSFR in die DDR hat die Elbe bereits bis zu 16 Prozent ihrer Schmutzfracht aufgenommen. Die DDR leitet dann noch etwa 70 Prozent ihres gesamten Abwasseraufkommens ein. Die hohe Belastung mit Schwermetallen, chlorierten Kohlenwasserstoffen, sauerstoffzehrenden Substanzen und anderen Schadstoffen schränkt sogar in großem Umfang die Nutzung des Wasser zu industriellen Zwecken ein. Die Ursachen hierfür sind mannigfaltig: Alle Industrieballungsräume der DDR mit ihren veralteten Produktionsanlagen befinden sich im Einzugsgebiet der Elbe. Dazu kommt eine ungünstige Branchenstruktur der Industriezentren mit stark umweltbelastenden Produktionsbereichen wie Chemie, Zellstoff und Papier, Textil und Lebensmittel sowie die Energiewirtschaft und der Bergbau.

Neben der Industrie gilt die Intensivlandwirtschaft als ein weiterer Hauptverschmutzer des Elbstromes. Nicht nur der überhöhte Pestizid und Düngemittelsatz, sondern auch Monokulturen und industriemäßige Viehhaltung führen zu einer erheblichen Gewässerbelastung. Aufgrund des überhöhten Nitratgehaltes von Grund- und Oberflächenwasser ist die Trinkwasserversorgung erheblich gefährdet. Die DDR ist extrem wasserarm, mit einem natürlichen Wasserangebot von maximal 18 Milliarden m³ pro Jahr. (BRD: 160 Mrd. m³ im Jahr).

Das kommunale Wasserver- und -entsorgungssystem entspricht dem Stand der Bundesrepublik aus den 60er Jahren. Kläranlagen sind, wenn überhaupt vorhanden, zum großen Teil überaltert oder wegen Reparaturarbeiten abgeschaltet. Die Dresdner Hauptkläranlage aus dem Jahre 1913 ist beispielsweise seit 1987 abgeschaltet. Der Anschlußgrad der Haushalte an der Kanalisation liegt lediglich bei 73 Prozent und der an Kläranlagen sogar nur bei 58 Prozent. Das Wasserleitungs- und Kanalnetz ist schadhaf, so daß ein großer

Teil von Trink- und Abwasser im Erdreich versickert. 30 Prozent des geförderten Wassers gehen auf diese Weise verloren.

Bei derartigen Voraussetzungen war es nicht leicht über eine Sanierung dieses Stromes zu sprechen. Die dargestellten Sanierungskonzepte waren sehr unterschiedlich, allein die Finanzbedarfsrechnungen variierten zwischen sieben und 150 Milliarden DM.

Ich bin mit Senator Jörg Kuhnert einig, daß die Sanierung der Elbe nur innerhalb eines umfassenden Gesamtkonzepts mit den Bereichen Gewässersanierung, Bodenschutz und Altlastenbeseitigung möglich ist. Eine Umgestaltung der Industriestruktur ist nur im Einklang mit dem Naturhaushalt möglich. Wichtig für das Sanierungskonzept der Elbe ist nicht nur die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern in der Elbministerkonferenz, sondern auch die internationale Kooperation. Dabei ist auch Solidarität mit der CSFR gefordert, die zur Zeit noch nicht in der Lage ist, Projekte finanziell zu unterstützen. Die internationale Elbschutzkommission, deren Zustandekommen die SPD schon lange gefordert hat, wird jetzt eingerichtet, mit den Mitgliedern CSFR, Deutschland und EG. Die SPD begrüßt die geplante Konstitution dieser Kommission mit ihrem Sitz in Magdeburg Anfang Oktober diesen Jahres. Sie soll gemeinsame Grenzwerte für die Gewässerqualitätsziele, Meßprogramme und Gewässerklassifizierungsmethoden erarbeiten und spezielle Programme zur Reduktion der Schadstoff-Fracht einleiten. Wichtig für die Effektivität der Arbeit dieser Kommission ist auch die Verfügung über einige Fördermittel. Die SPD hält die Forderung Hamburgs in diesem Zusammenhang bis zum Jahr 2000 insgesamt eine Milliarde DM jährlich bereitzustellen für realistisch. Hamburg schlägt vor, einen Teil dieser Mittel aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe aus den Ländern zu bestreiten. Dieser Vorschlag ist zu prüfen. Schrittweise sollen dann auch die CSFR und die Länder der ehemaligen DDR an den laufenden Investitionen beteiligt werden.

Der Vertreter des BMU machte leider keine konkreten Angaben darüber, wie ein Sanierungsprogramm für die Elbe zu finanzieren sei.

Dr. Hans Möbs Hinweis auf die Möglichkeit, Mittel aus dem Strukturhilfegesetz oder dem Fond Deutsche Einheit sowie Kredite aus den KfW-Programmen für die Sanierung zu nehmen blieb zu vage. Hier wäre ein klares Finanzierungskonzept von Seiten der Bundesregierung wünschbar.

Der Vertreter des Ifo-Instituts, Dr. R-U. Sprenger machte deutlich, welche Ziele ein wirkliches Sanierungskonzept haben muß, damit es den Namen auch zu Recht verdient:

- Sanierung von über 50 Prozent des Gesamtrohrnetzes
- Erhöhung der Anschlußgrade bei der Trinkwasserversorgung auf 100 Prozent und bei der Kanalisation auf 97 Prozent,
- Aufrüstung der kommunalen Klärwerke auf biologische Abwasserreinigung und die 3. Reinigungsstufe zur Elimination von Phosphaten,
- Bau neuer kommunaler Kläranlagen bis zu einer Kapazität von 22 Millionen Einwohnergleichwerten (EWG)
- Errichtung von Regenwasserrückhalteanlagen für die Städte.

Die Finanzierung dieser Maßnahmen sollte nach dem Verursacherprinzip erfolgen. Die Industrie soll dazu angehalten werden, ihre Abwässer vorrangig selbst zu entsorgen. Von der öffentlichen Hand erwartet das Ifo-Institut den Einsatz von Instrumenten wie der Abwasserabgabe und die Einrichtung von Investitionsfonds. Desweiteren sollen Zukunftsinvestitions- und infrastrukturprogramme vergleichbar dem Rhein-Bodensee-programm, Mittel aus Stiftungen, Pilotprojekten vom BMU und UBA, sowie aus EG-Programmen zur Verfügung gestellt werden.

Das Elbe-Symposium hat deutlich gemacht, daß folgendes sofort in Angriff genommen werden muß:

- Verbot der Einleitung von Umweltgiften
- Kommunaler Kläranlagen neu- und -umbau
- Errichtung von Kontrollsystemen für die Überwachung von Gewässern und Abwässern
- Verbesserung der Trinkwasseraufbereitungstechniken
- Umstellung der Landwirtschaft auf umweltverträgliche Produktion
- Klärschlammbehandlung
- Umstellung der Produktion auf wasserschonende Verfahren

- Einleitung eines Wassersparprogramms
- Förderung sowie Erhaltung von Naturschutzgebieten.

Ein solches Programm, das den Rahmen für den ökologischen Umbau an der Elbe absteckt, braucht die Unterstützung durch öffentliche Investitionen. Weder die Kommunen noch die Industrie sind in der Lage, die ökologischen Altlasten des SED-Regimes aus eigener Kraft schnell zu bewältigen.

Notwendig ist ebenfalls die Erhebung einer verursachergerechten Abwasserabgabe, die den Verbrauch des Wassers zum betriebswirtschaftlichen Kostenfaktor macht. Darüberhinaus müssen die Gebühren für den Wasserverbrauch so gestaltet werden, daß der sparsame und verantwortungsbewußte Umgang mit Wasser belohnt und ökonomische Motivation in ökologisches Handeln umgesetzt wird.

(-/21. September 1990/rs/fr)

Internationale Verschuldung muß auf der Tagesordnung bleiben Zur bevorstehenden Jahrestagung von IWF und Weltbank

Von Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB
Obmann im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion

Die Golfkrise und der Transformationsprozeß in Deutschland und in Osteuropa drohen die internationale Verschuldung an den Schluß der Tagesordnung der Jahrestagung von IWF und Weltbank zu drängen.

So wichtig es ist, die Weichen zu stellen für eine gerechte Lastenverteilung zur Verteidigung der Integrität der Nachbarländer Iraks, so dringlich es ist, die wirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa durch Investitionen und Kredite zu stärken - so fahrlässig ist es, das Problem der internationalen Verschuldung ad acta zu legen.

Die Schulden der Entwicklungsländer liegen inzwischen bei 1,250 Mrd. Dollar, der Nettokapitaltransfer vom Süden zum Norden hat sich weiter, jetzt auf 43 Milliarden Dollar erhöht, die überfälligen Zinsforderungen der Entwicklungsländer sind auf 16 Milliarden Dollar (davon allein Brasilien und Argentinien je sieben Milliarden) gestiegen, die ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländer sind weiter gefallen. Dies alles bei einem Rückgang des Wachstums in diesen Ländern und sinkenden Pro-Kopf-Einkommen, bei wachsenden globalen Umweltproblemen, weiter explodierender Bevölkerung im Süden und steigenden Flüchtlingsströmen!

In dieser Lage kann die Äußerung von H. Schulmann, des Direktors des Interesseninstituts der internationalen Großbanken in Washington, IIF, die Entwicklungsländer sollten schleunigst ihren Zinsverpflichtungen nachkommen, nicht nur als zynisch und skandalös, sondern als welfremd bewertet werden.

Was Not tut ist vielmehr:

1. IWF und Weltbank müssen endlich strukturelle Vorschläge machen, um die internationale Verschuldungskrise vom Grunde her zu beheben - Abbau des Industrieländer- Protektionismus; Übergang zu Anpassungsprogrammen, die nicht depressiv, sondern expansiv wirken. Die Industrieländer können sich nicht weiter um eine Anpassung ihrer eigenen Strukturen herumdrücken (Uruguay-Runde im GATT).
2. Der Brady-Plan muß zu einer allgemeinen Strategie eines Mix von Schuldenabbau, Schuldendienstsenkung und produktiv orientierten Neukrediten ausgebaut werden. IWF und Weltbank müssen die Mitwirkung der privaten Geschäftsbanken stärker einfordern. Sonst zahlt am Schluß nur der Steuerzahler. Bis jetzt haben nur Staaten in der unmittelbaren Interessensphäre der USA von Brady profitiert, vor allem Mexico, Costa Rica, Venezuela und die Philippinen.
3. Schluß mit der 'Politisierung' der Entwicklungsprogramme der Industrieländer, bei der nicht nach ökonomischer Anpassungsbereitschaft Kredite vergeben werden, sondern nach den Kriterien geographischer Nähe und kurzfristigen wirtschaftlichen Eigeninteresses. Dem Versagen des letzten Weltwirtschaftsgipfels von Houston darf nicht ein weiteres wohlfeiles Lippenbekenntnis in Washington folgen. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihrer wachsenden internationalen Verantwortung gerecht zu werden und auf den Jahrestagungen von IWF und Weltbank konkrete Vorschläge auf

den Tisch zu legen, wie sie sich die Lastenverteilung wachsender internationaler Verpflichtung vorstellt.

4. Keine Umwidmung von Mitteln, die für den Süden dringend gebraucht werden, auf Osteuropa und den Golf. Die Dritte Welt darf nicht zum Armenhaus der Welt werden, in dem die produktiven Potentiale zerstört werden.

(/21. September 1990/rs/fr)

DOKUMENTATION

Alfred Geisel: Ungeist des Faschismus bekämpfen

Der Vizepräsident des Landtages von Baden-Württemberg, Dr. Alfred Geisel, nahm am 20. September gegen die Schändung der jüdischen Friedhöfe in dem südwestdeutschen Bundesland Stellung. Seine Ausführungen im Wortlaut:

Mit Bestürzung und Entsetzen hat die SPD-Landtagsfraktion von den sich häufenden Schändungen jüdischer Friedhöfe in Baden-Württemberg Kenntnis genommen. Der bei diesen Schändungen zutage getretene Vandalismus übersteigt jedes bisher bekannte Maß. Namens der SPD-Landtagsfraktion bringe ich vor diesem Hohen Hause unsere tiefe Abscheu vor diesen verbrecherischen Taten zum Ausdruck. Dieser Akt der Barbarei verdient gerade auf dem Hintergrund des von der Hitlerdiktatur verschuldeten millionenfachen Mordes an unschuldigen Menschen jüdischen Glaubens entschiedenste Verurteilung durch alle rechtlich denkenden Menschen in unserem Land. Wir Sozialdemokraten schämen uns dafür, daß derartige Akte der Barbarei in unserem Lande möglich sind.

Dank des engagierten Einsatzes der Polizei, insbesondere der eingesetzten Sonderkommission, scheinen die verbrecherischen Schändungen vor ihrer Aufklärung zu stehen. Für die SPD-Landtagsfraktion danke ich der Polizei unseres Landes für ihre tatkräftige Arbeit und für ihren Fahndungserfolg. Mit Bestürzung sehen wir uns indes in unserer Befürchtung bestätigt, daß diese schändlichen Taten offenkundig von jungen Neonazis verübt worden sind. Dieses erschreckende Faktum sollte uns allen mehr als zu denken geben. Wir alle müssen uns der bohrenden Frage stellen, ob wir in unserem politischen Handeln, insbesondere in Bereichen der Bildungs- und Justizpolitik wirklich alles getan haben, um den Ungeist des Rechtsextremismus, des Faschismus und des Antisemitismus zu bekämpfen und zu tilgen.

Die in Rede stehenden Untaten lassen so manche Verharmlosung, so manche Vermiedlichung und Bagatellisierung der rechtsextremistischen Gefahren auch durch dieses Haus in einem erschreckenden Licht erscheinen. Haben wir wirklich aus den bestürzenden Ergebnissen wissenschaftlicher Untersuchungen über rechtsextremistische Tendenzen an einer Reihe von Gymnasien in unserem Land die notwendigen Konsequenzen gezogen? War es sinnvoll und richtig, etwa den SPD-Antrag auf Einrichtung eines Informationszentrums jüdischer Geschichte in Deutschland einfach abzulehnen? Wie lange können wir noch der rechtsextremistischen Agitation von Skinheads und ähnlichen Gruppen in unseren Fußballstadien tatenlos zusehen? Haben wir bisher der notwendigen Aufklärung über die Gefahren von Nationalsozialismus und Antisemitismus, haben wir der Aufarbeitung des Massenmordes an Bürgern jüdischen Glaubens durch die Nazidiktatur, haben wir der Gefahr rechtsextremistischer Indoktrination von Jugendlichen durch eine entsprechende Gestaltung der Lehrpläne an unseren Schulen wirklich den Stellenwert eingeräumt, der zwingend geboten ist?

Ich meine, es ist hohe Zeit, die beachtlichen Defizite auf diesen Sektoren endlich zu beseitigen. Wir müssen uns auch die kritische Frage vorlegen, inwieweit die Häufung bedauerlicher Justizpannen bei der Verfolgung rechtsextremistischer und antisemitischer Straftaten, inwieweit die vom Justizministerium tolerierte Einstellung eines Ermittlungsverfahrens wegen öffentlicher Volksverhetzung in dem stattdessen bekannten Fall Deuringer rechtsextremistischen und rassistischen Tendenzen Vorschub leisten. Wir sollten uns vor der Illusion hüten, daß es sich bei den jetzt in Rede stehenden barbarischen Friedhofsschändungen um die Taten von ein paar irregeleiteten Jugendlichen handelt.

Wir Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß der größte Teil unserer Bevölkerung einen derartigen Vandalismus ablehnt und mit Abscheu begleitet. Die sehr starke Teilnahme der Bevölkerung an dem Schweigemarsch in Ihringen ist dafür ein beredtes Beispiel. Gleichwohl ist es hohe Zeit, daß gerade dieses Parlament sich mehr als bisher mit diesen gefährlichen Tendenzen auseinandersetzt. Ein von der SPD-Fraktion eingebrachter umfassender Antrag wird dazu Gelegenheit geben. So sehr die Entschließung der CDU-Fraktion zur heutigen Sitzung zu begrüßen ist und von uns Sozialdemokraten unterstützt wird, müssen wir uns alle darüber klar werden: nur wenn wir ehrlich bereit sind, die Hintergründe und Ursachen von Rechtsextremismus, Faschismus und Antisemitismus aufzuarbeiten und unnachsichtig die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen, werden wir auf die Dauer in der Lage sein, diese Gefahren, die unseren Rechtsstaat im Kern treffen, zu überwinden.

(-/21. September 1990/rs/fr)
